

Quelle:	Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.03.2025, S. 16 (Tageszeitung / täglich außer Sonntag, Frankfurt am Main)				
Auflage:	181.932	Reichweite:	811.075	Autor:	Antea Obinja
				Quellrubrik:	Wirtschaft

Der Vorstoß von Union und SPD, die Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben oberhalb von ein Prozent der Wirtschaftsleistung zu öffnen, stößt bei deutschen Ökonomen auf große Zustimmung. Das geht aus dem 50. Ökonomenpanel des Münchner Ifo-Instituts und der F.A.Z. hervor, für das vom 25. Februar bis zum 4. März Wirtschaftswissenschaftler befragt wurden. 68 Prozent der Befragten bewerteten Ausnahmen für Militärinterventionen bei der Schuldenbremse für geeignet oder sehr geeignet. Niklas Potrafke, Forscher des Münchner Ifo-Instituts, sagte, Grund für die Zustimmung seien die sicherheitspolitische Weltlage und die angespannten transatlantischen Beziehungen, auf die Deutschland schnell reagieren müsse.

Auch andere Finanzierungsmöglichkeiten für Militärausgaben wurden von den Ökonomen positiv bewertet: So halten 71 Prozent die Einrichtung eines Sondervermögens für sinnvoll, 65 Prozent befürworten Einsparungen in anderen Bereichen. Für ungeeignet hält die Mehrheit der Ökonomen hingegen eine einmalige Vermögensabgabe. Der Bayreuther Ökonom David Stadelmann wies darauf hin, dass zwar viel darüber gesprochen werde, dass die Verteidigungsausgaben steigen müssten, „doch ebenso wichtig ist die Frage nach der Effektivität dieser Mehrausgaben. Wie kann das zusätzliche Geld möglichst sinnvoll für die Verteidigung eingesetzt werden?“

Ifo-Forscher Potrafke betonte, dass es für die andere von Schwarz-Rot geplante Großmaßnahme – das 500-Milliarden-Sondervermögen für Infrastruktur – keine breite Zustimmung der Ökonomen gebe. „Massive Schulden für Investitionen in die Infrastruktur, wie sie gegenwärtig von Union und SPD vorgesehen sind, zählen nicht zu den wichtigsten Reformthemen der neuen Bundesregierung“, sagt Potrafke. Der Widerstand der Grünen, deren Zustimmung für ein solches Sondervermögen gebraucht würde, stellt vor allem diesen Bestandteil der schwarz-roten Planungen derzeit infrage.

Erhoben wurde das Ökonomenpanel kurz vor der Ankündigung von SPD und Union, die Schuldenbremse für höhere Militärausgaben zu öffnen sowie ein Sondervermögen für Infrastruktur schaffen zu wollen. Das Ifo-Institut verzeichnete eine Rekordbeteiligung bei der Umfrage: Von rund 700 angefragten Ökonomen nahmen 205 an der Erhebung teil.

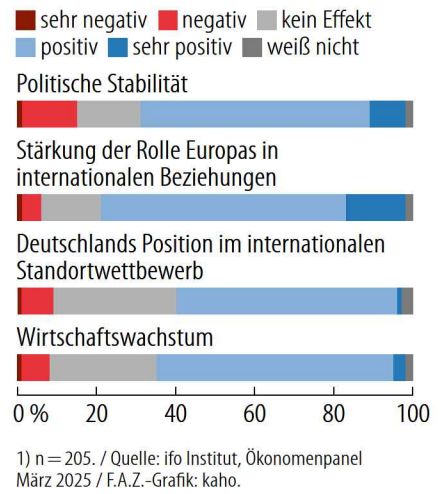
Insgesamt zeigt die Befragung, welchen hohen Handlungsdruck die Ökonomen sehen. „Diese Bundesregierung steht vor der größten wirtschaftspolitischen Herausforderung der Nachkriegszeit und hat genau einen Versuch!“, kommentierte Andreas Freytag (Universität

So schätzen Ökonomen politische Maßnahmen ein

Wie geeignet bewerten Sie diese Finanzierungsvorschläge in der Sicherheitspolitik?



Wie bewerten Sie die Auswirkungen einer schwarz-roten Koalition auf diese Bereiche?



1) n = 205. / Quelle: ifo Institut, Ökonomenpanel März 2025 / F.A.Z.-Grafik: kaho.

„Deutschland am Scheideweg“

Deutschlands Volkswirte halten neue Schulden für Militärausgaben für sinnvoll, fremdeln aber mit anderen Reformideen, zeigt das Ifo-Ökonomenpanel.

Von Antea Obinja, Frankfurt

Jena). Nicolas Ziebarth (ZEW Mannheim) mahnte: „Deutschland steht am Scheideweg.“

Die befragten Ökonomen fordern, umfassende Strukturreformen, wie eine Rentenreform, auf den Weg zu bringen, anstatt Probleme mit Geld aus Schulden „zuzuleistern“. Nur so könne die Finanzierung der Infrastruktur nachhaltig verankert werden. Bei der Rente fordern die Ökonomen mehrheitlich eine Erhöhung des Renteneintrittsalters sowie die Begrenzung des Bundeszuschusses.

Union und SPD aber haben andere Pläne: Im Sondierungspapier sprechen sie sich gegen eine Erhöhung des Renteneintrittsalters aus und kündigen an, das Rentenniveau festschreiben zu wollen. Zwar nennen die Parteien keinen Wert, die SPD hatte im Wahlkampf aber eine Festschreibung des Rentenniveaus bei 48 Prozent gefordert. Fachleute hatten langfristig vor dreistelligen Milliardenkosten einer solchen Maßnahme gewarnt. Ifo-Ökonom Potrafke hält die Pläne von Schwarz-Rot für fatal: „Wir brauchen dringend eine Rentenreform, die den de-

mographischen Wandel berücksichtigt.“ Eine Erhöhung des Eintrittsalters sowie eine Kürzung der Renten auszuschließen, sei angesichts der gesellschaftlichen Herausforderungen das falsche Signal.

Danach gefragt, welche Reformen eine neue Bundesregierung sofort angehen sollte, haben die Ökonomen klare Präferenzen. Vorschläge aus dem Bereich Rentenpolitik belegen den zweiten Platz – direkt hinter dem Bereich Bürokratieabbau und Deregulierung und gefolgt von Energie- und Klimapolitik.

Insgesamt war das Vertrauen der Ökonomen in eine mögliche Koalition von Union und SPD zum Zeitpunkt der Befragung hoch. So gehen 67 Prozent der Befragten davon aus, dass sie sich positiv beziehungsweise sehr positiv auf die politische Stabilität in Deutschland auswirken wird. Und auch in Bezug auf Deutschlands Position im Standortwettbewerb fallen die Einschätzungen positiv aus: 57 Prozent der Befragten prognostizieren positive beziehungsweise sehr positive Auswirkungen. Ein ähnliches Bild zeigt sich auch in Bezug auf das Wirtschaftswachstum in Deutschland.